

# Themen des Nordens

## Das neue Schulgesetz

*Haupt- und Realschüler werden zukünftig bis zur 7. Klasse gemeinsam unterrichtet. Die Gymnasiasten sollen aber weiterhin nach der 4. Klasse ausgesiebt werden. Dies kritisiert der SSW.*

**Die Landesregierung hat den lange angekündigten Entwurf für ein neues Schulgesetz vorgelegt. Es ist besser für die Kinder der Minderheit, aber weniger gut für die Bildung, so das Urteil des SSW.**

Seit einem Jahr veröffentlicht die Bildungsministerin tröpfchenweise, wie sich die Regierung die Schulen der Zukunft vorstellt. In diesen Tagen berät der Landtag den lang erwarteten Gesetzentwurf der Landesregierung.

### Die frühe Sortierung der Kinder bleibt

In der Frage der Schulform der Zukunft hat die Große Koalition sich auf einen Kompromiss verständigt, der zwei Schritte vor und anderthalb zurück führt. Die SPD konnte durchsetzen, dass die - auch vom SSW angestrebte - Gemeinschaftsschule im Schulgesetz festgeschrieben wird. Diese neuen Schulen, in denen alle Kinder gemeinsam

bis zur 9. bzw. 10. Klasse unterrichtet werden, gibt es allerdings nur dort, wo der Schulträger es wünscht.

Den zweiten Teil hat die CDU durchgesetzt: Die Haupt- und Realschulen werden in so genannten „Regionalschulen“ unter einem Dach zusammengefasst. Allerdings werden die beiden Schularten nicht vereint; es gibt lediglich eine gemeinsame Orientierungsstufe. Das heißt im Klartext: Die Schullaufbahnen für Haupt- und Realschüler werden nach der 6. Klasse getrennt. Außerdem werden die Gymnasiasten weiterhin nach der 4. Klasse ausgliedert. „Das drei-

gliedrige Schulwesen mit seiner frühen Sortierung der Kinder bleibt so im Kern erhalten“, kritisiert Anke Spoorendonk.

### Neues Gymnasium wie in Dänemark in den 1960ern

Die bildungspolitische Sprecherin des SSW kritisiert auch die geplante Oberstufenreform, bei der die so genannte Profiloberstufe eingeführt wird: „Die Idee der Profilbildung ist richtig. Ohne grundlegende Reformen, wie die Bildung von Oberstufenzentren, bleibt sie aber ein Schritt zurück in die bildungspolitische Zukunft der 60er Jahre.“ Spoorendonk verweist

darauf, dass diese Form des Gymnasiums in Dänemark vor 45 Jahren modern war.

### Klare Verbesserung für Kinder an dänischen Schulen

Der Gesetzentwurf der Landesregierung enthält aber auch gute Ansätze, wie die neue Schulentwicklungsplanung oder eine frühere und individuellere Förderung der Kinder. Vor allem für die Schulen der dänischen Minderheit ergibt sich eine handfeste Verbesserung: Ab 2008 erhält Dansk Skoleforening für seine Kinder erstmals seit neun Jahren wieder dieselben Zuschüsse pro Schüler, wie öffentliche Schulen.



Foto: dpa/lni

## Was bringt das Schulgesetz?

### SSW-Landesverband

Schiffbrücke 42,  
24939 Flensburg  
Tel. 0461 144 08 310,  
info@ssw.de



Fotos: Flensburg Avis

## Schülerkostensätze

sind die durchschnittlichen Kosten des Landes für den Unterricht eines Schulkindes pro Jahr.

Sie werden je nach Schulart errechnet. Es gibt also unterschiedliche Sätze für Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten.

Anhand der Schülerkostensätze berechnet die Landesregierung die Zuschüsse des Landes für nicht-öffentliche Schulen.

## 1985 2008 Unsere Schulkinder werden wieder gleich behandelt

**Das neue Schulgesetz erfüllt, was der SSW seit zehn Jahren fordert: die erneute Gleichstellung der dänischen Schulkinder bei den Schülerkostensätzen.**

Mit dem Namen Uwe Barschel verbinden die meisten heute nur politische Intrigen und einen zwielichtigen Todesfall. Für

Nachdem die Minderheit jahrzehntlang vergeblich um die Gleichstellung ihrer Kinder kämpfte, konnte Karl Otto Meyer diesem CDU-Ministerpräsidenten abringen, dass dänische Schulkinder vom Land zumindest dasselbe bekamen wie Kinder an öffentlichen Schulen (was nicht den tatsächlichen Kosten der dänischen Schulen entspricht).

Die sogenannten Schülerkostensätze wurden 1985 auf 100 % erhöht.

Diese minderheitenpolitische Errungenschaft wurde



die dänische Minderheit ist dieser Name aber auch eng verknüpft mit der Forderung nach Gleichstellung.

aber 1997 von der rot-grünen Landesregierung unter Heide Simonis wieder über Bord geworfen. Um

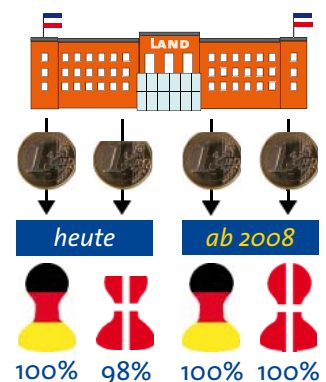
Geld zu sparen, wurden die Schülerkostensätze für die dänischen Schulen eingefroren. Das Ergebnis: Zwischen 1997 und 2004 bekam der Dansk Skoleforening ca. 6 Millionen Euro weniger, als ihm bei einer Gleichstellung zugestanden hätte. Geld, das er dringend benötigt, um seine Schulen weiter betreiben zu können.

### SSW für frühere Gleichstellung

Bei den Tolerierungsverhandlungen mit der SPD und den Grünen nach der Landtagswahl 2005 konnte der SSW erreichen, dass die Gleichstellung ab 2006 wiederhergestellt werden sollte. Diese Vereinbarung wurde nach der geplatzten Ministerpräsidentenwahl von Heide Simonis hinfällig. Immerhin wur-

de dieser Passus aus dem Tolerierungsvertrag aber insoweit von der Großen Koalition übernommen, dass die Erhöhung der Sätze auf 100 % jetzt ab 2008 erfolgt. Für Skoleforeningen kostet diese Verspätung aber bares Geld. Bemühungen des SSW, diesen Zeitpunkt vorzurücken, haben CDU und SPD aber abgelehnt.

### Die Gleichstellung durch das Land ab 2008



SSW GRAPHIK

Bisher hat das Land für ein Schulkind an einer dänischen Schule nur rund 98 % dessen bezahlt, was ein vergleichbares Kind an einer öffentlichen Schule kostet. Zukünftig bekommt Dansk Skoleforening 100 % der Durchschnittskosten.

Die Städte und Gemeinden torpedieren den neuen Schullastenausgleich. Sie wehren sich dagegen, dass sie die Schulkinder in den dänischen Schulen zukünftig ebenso behandeln sollen, wie die Kinder an öffentlichen Schulen.

## Schullastenausgleich

sind Zahlungen der Gemeinden an das Land für die Schulkosten ihrer Kinder. Sie werden nur von Gemeinden entrichtet, die keine eigenen Schulen betreiben.

Anhand dieser Ausgleichsbeträge werden auch die kommunalen Beiträge für nicht-öffentliche Schulen errechnet.



## Sind unsere Kinder den Gemeinden nur 25 % wert?

Die Landesregierung will, dass die Kommunen ab 2007 mehr Verantwortung für ihre dänischen Schulkinder übernehmen. Bisher wurde ein Unterschied zwischen Schülern an öffentlichen und an dani-

schen Schulen gemacht: Für ein Kind an einer dänischen Schule zahlten die Städte und Gemeinden nur 25 % von dem, was sie für ein deutsches Schulkind ausgeben. Jetzt sollen sie ihren Anteil voll übernehmen.

Der Schulkostenbeitrag der Kommunen wird stufenweise erhöht. Ab 2010 zahlen sie jährlich rund 3,3 Millionen Euro mehr an das Land. Dagegen haben die kommunalen Spitzenverbände und betroffene Gemeinden wortgewaltig protestiert.

2004 haben die Kommunen durch die Minderheit 3,7 Millionen gespart. Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahrzehnten also enorme Summen gespart, weil sie die dänischen Schulkinder nicht gleichbehandelt haben.

### Wir sind keine „Belastung“

Die Gleichstellung der dänischen Schulkinder ist fair. Die Argumente der kommunalen Spitzenverbände und vor allem der regionalen CDU-Abgeordneten sind es aber nicht. Sie sprechen davon, dass den Kommunen im Landesteil Schleswig jetzt die „vollen Lasten“ für die Minderheit aufgebürdet werden soll. Das ist falsch. Das Land gibt jährlich über 26 Millionen Euro für den Dänischen Schulverein aus. Die maximal 5 Millionen Euro der Gemeinden sind also nur ein Teil der Zuschüsse für die dänischen Schulkinder.

Auch der SSW erkennt an, dass diese Erhöhung zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt für die Kommunen kommt, weil sie massiv sparen müssen. Trotzdem ist es richtig, dass sie zukünftig die Kinder an dänischen Schulen gleich behandeln müssen.

### Gemeinden haben Millionen gespart

Wenn es die dänischen Schulen nicht gäbe, dann müssten unsere Kinder in öffentliche Schulen gehen. Dass dies für die Gemeinden wesentlich teurer geworden wäre, zeigt schon ein einfaches Rechenbeispiel: Im Jahr 2004 zahlen die Kommunen an das Land rund 1,2 Millionen Euro für dänische Schüler. Hätten sie genauso viel gezahlt, wie für die anderen Kinder, dann wären es rund 4,9 Millionen gewesen. Das heißt, allein im Jahr

Letztlich gilt sowieso: Wir sind keine zusätzliche Belastung für die Gemeinden. Wir sind Bürgerinnen und Bürger und wir können erwarten, dass unsere Kinder unserer Gemeinde nicht weniger wert sind.



Das Land finanziert die Schulen. Dafür zahlen die Kommunen an das Land einen Zuschuss pro Schüler. Für ein Schulkind an einer dänischen Schule zahlen die Städte und Gemeinden aber bisher lediglich 25 % des Zuschusses, den sie für ein Kind an einer öffentlichen Schule geben. Dieser Betrag soll jetzt auf 100 % erhöht werden.

Wenn es um den Schulweg der Kinder an dänischen Schulen geht, kann von Gleichstellung überhaupt nicht die Rede sein. Der SSW wäre froh, wenn Dansk Skoleforening überhaupt sicher mit dem wenigen rechnen könnte, was die Kreise zahlen. Deshalb haben wir eine gesetzliche Regelung erarbeitet.

## Schülerbeförderung

Die Kosten für den Bus-transport der Schulkinder im ländlichen Raum zahlen die Kreise zu 2/3 und die Schulträger zu 1/3.

Beförderungszuschüsse für Kinder an dänischen Schulen sind aber sogenannte "freiwillige Leistungen", das heißt, sie müssen nicht gezahlt werden.



Fotos: Flensburg, Avis

## Schülertransporte gesetzlich absichern

In kaum einem anderen Bereich hängt die Förderung für ein Kind an einer dänischen Schule so stark vom Wohnort ab, wie bei der Schülerbeförderung. Die Kreise bestimmen selbst, ob und wieviel sie zahlen - und sie gehen höchst unterschiedlich damit um: Nordfriesland zahlt die Durchschnittskosten pro öffentlichen Schüler - die unterhalb der tatsächlichen Ausgaben des Dansk Skoleforening liegen, denn das

dänische Schulwesen hat naturgemäß längere Beförderungswegen und daher auch höhere Kosten. Schleswig-Flensburg zahlt bisher etwas mehr als den deutschen Durchschnitt und Rendsburg-Eckernförde zahlt gar nichts.

Diese Unsicherheit, ob, wieviel und wie lange die Schulbusse finanziert werden, stellt Dansk Skoleforening vor eine enorme Herausforderung. Als Träger

mit über 5700 Schülern, 48 Schulen und mehr als 1300 Angestellten muss er seine Finanzen planen. Als Empfänger von freiwilligen Leistungen muss er aber damit rechnen, dass diese Einnahmen wegbrechen können: Das war 2005 der Fall, als der Kreis Rendsburg-Eckernförde plötzlich seine Zuschüsse ersatzlos strich.

### SSW will Gleichstellung bei Schulbussen ab 2009

Der SSW setzt sich daher dafür ein, dass die dänischen Schulen Planungssicherheit

bekommen. In Verbindung mit dem neuen Schulgesetz hat er einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Es soll gesetzlich festgeschrieben werden, dass die Kreise auch für die dänischen Schulkinder 2/3 der Durchschnitts-Beförderungskosten zahlen müssen.

Die Eltern müssen sich aber unter allen Umständen darauf einstellen, zukünftig mehr für die Schulbusse zu zahlen: Im Gesetzentwurf der Regierung steht, dass die Kreise bis zu 30 % der Kosten als Elternbeiträge einfordern können.



## Friesisch-Unterricht

Der Unterricht der friesischen Sprache ist bisher nicht gesetzlich geregelt - und somit auch in den öffentlichen Schulen in Nordfriesland und auf Helgoland nicht vorgeschrieben.

Der SSW will im Schulgesetz festschreiben, dass in Nordfriesland und auf Helgoland Friesischunterricht angeboten und friesische Kultur vermittelt wird.

Zukünftig sollen Eltern oder Schulen entscheiden können, ob vor Ort die friesische Sprache unterrichtet wird. Das Land soll verpflichtet werden, die Kosten für die Friesisch-sprachigen Lehrkräfte zu tragen. Durch die rechtliche Aner-

## Friesischunterricht als Pflicht-Angebot

kennung von Friesisch als zweite oder dritte Fremdsprache soll die Minderheitensprache mit anderen Sprachen gleichgestellt werden. Um dem Argument der zu geringen Nachfrage zu begegnen, sieht der SSW-Gesetzentwurf eine Mindestgruppengröße von 5 Schülern vor. Auch soll es

möglich sein, jahrgangsübergreifenden Unterricht zu erteilen oder die Jahrgänge mehrerer Schulen zusammenzufassen.

Außerdem will der SSW die Schulen in Nordfriesland und auf Helgoland verpflichten, den Kindern die Geschichte und die Kultur der Friesen zu vermitteln.